

Zur äußeren Lage.

Die französisch-englischen Auseinandersetzungen über die Ausführung des Friedensvertrags.

(W.A.B.) Paris, 30. Okt. „Journal des Debats“ erklärt, offenbar halbamtlich beeinflusst, es entspreche nicht den Tatsachen, daß, wie einige Morgenblätter behaupten, die französische Regierung auf die Note der englischen Regierung, in der sie dem Vorschlag von ihrer Entschließung, auf gewisse Rechte des Friedensvertrags von Versailles zu verzichten, geantwortet habe, die französische Regierung werde sich nur darauf beschränken, ihrem Geschäftsträger in London genaue Instruktionen zu erteilen, im Laufe seiner Unterhaltung mit Mitgliedern der englischen Regierung auf den ersten Charakter hinzuweisen, den eine isolierte Haltung irgend eines Verbündeten in bezug auf die Ausführung des Friedensvertrags von Versailles haben könnte.

Paris, 31. Okt. Der „Matin“ glaubt zu wissen, daß die Verhandlungen zwischen der französischen und der englischen Regierung über das Wiedergutmachungsproblem soweit gediehen sind, daß Lord Derby wahrscheinlich morgen oder übermorgen am Quai d'Orsay die endgültige Antwort überreichen werde. Einig sei man sich über die Sachverständigen-Konferenz, die in Kürze in Brüssel zusammentreten solle, und der dann sehr rasch eine Konferenz der Finanzminister und anderer Regierungsvertreter in Genf folgen werden. Dort würden die Deutschen mit beratender Stimme gehört werden. Der Streit drehe sich jetzt nur noch darum, ob die Wiedergutmachungsfrage endgültig vom Obersten Rat unter Zulassung der Deutschen geregelt werden solle und ob der Oberste Rat nur die Pfänder und Bürgschaften oder auch die Höhe der Schuld festsetzen solle. Nach englischer Auffassung solle der Oberste Rat in der ganzen Frage das letzte Wort behalten, nach der französischen sei nur der Wiedergutmachungsausschuß hierzu berechtigt.

Vom Vorschlagsterrat.

Paris, 1. Nov. Wie der „Temps“ mitteilt, ist bei der vorgestrigen Sitzung des Vorschlagsterrats General Foch zugegen gewesen. Seine Anwesenheit sei darauf zurückzuführen, daß die Frage der Vergütung für die Mitglieder der interalliierten Kommissionen in Deutschland, sowie die Frage der Kosten für die Unterbringung der Besatzungstruppen in den Rheinländern besprochen wurden.

Frankreichs Angst vor dem „Völkerbund“.

(W.A.B.) Haag, 30. Okt. Der „N. R. C.“ führt aus: Je näher der 15. November und damit der Tag des Zusammentritts des Völkerbundes in Genf rückt, um so unruhiger werde die französische Presse. Bisher habe man den Völkerbund für sehr unschuldig gehalten. Aber nun beginne man in Frankreich zu fürchten, daß er zu Taten übergehe. Die Versammlung mehrerer Regierungshäupter in Genf lasse in Frankreich die Befürchtung aufkommen, daß Lloyd George den Obersten Rat durch den Völkerbundsrat ersetzen wolle. Dann könnten nicht mehr die Oberhäupter der siegreichen Völker allein über die Geschichte der Welt beschließen, sondern auch die Neutralen und auch die Besiegten würden ein Wort mitreden. Frankreich fürchte Lloyd Georges Einfluß bei den Neutralen. England fürchte den Völkerbund nicht, da keine Versöhnungspolitik in der Welt widerhülle. Frankreich dagegen, das noch immer den Vertrag von Versailles als die Basis des Friedens betrachte, wisse wohl, daß es beim Welttribunal nicht viel Unterstützung finden werde. Es widersehe sich deshalb mit aller Kraft jeder Machterweiterung des Völkerbundes und jedem dahin zielenden Versuch.

Die kleine Entente.

Prag, 30. Okt. Der „Venlow“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem gestern Abend angekommenen rumänischen Minister des Außen, Tade Joneacu. Zu den Nachrichten über das Verhältnis Rumäniens zur kleinen Entente äußerte der Minister, daß zwischen Rumänien einerseits und der Tschechoslowakei und Südbanien andererseits eine mündliche Vereinbarung bestehe. Rumänien wünsche jedoch eine starke Entente, die den Frieden in Mitteleuropa sichern könnte und habe deshalb geraten, auch Polen und Rußland in die kleine Entente einzubeziehen. Bulgarien habe sich bisher nicht zur kleinen Entente gemeldet. Der Zweck seines Besuchs sei, die Entente vorzubereiten. Die Nachrichten über ein Militärbündnis Rumäniens mit Finnland, Magyaren und Polen erklärte der Minister für erfunden. — Die kleine Entente steht unter Frankreichs Leitung und ist selbstverständlich gegen Deutschland, Oesterreich, Bulgarien und Rußland gerichtet, vielleicht auch gegen die germanischen Staaten des Nordens Europas.

Verhaftung des russischen Sowjetvertreters Litwinow durch Engländer.

Paris, 1. Nov. Nach einer hier eingetroffenen Meldung soll der Kommandant eines englischen Kriegsschiffes Litwinow auf hoher See verhaftet und nach Batum gebracht haben.

Chinesisch-russische Kämpfe in der Mandschurei.

(W.A.B.) Amsterdam, 30. Okt. „Daily Mail“ meldet aus Peking: die chinesische Regierung habe einen amtlichen Bericht erhalten, daß 2000 Mann der Streitkräfte des russischen Leutnants Ungern, der dem General Semelow untersteht, nach ihrem Angriff auf Wega in der Mandschurei von chinesischen Truppen, die dabei 400 Mann verloren, zurückgeschlagen worden sind.

Ausland.

Das endgültige Ergebnis der Wahlen in Oesterreich.

Wien, 30. Okt. Nach einer vorläufigen Berechnung der Hauptwahlergebnisse werden im zweiten Ermittlungsverfahren die auf die Reststimmen entfallenden 15 Mandate in folgender Weise verteilt: Groß-deutsche Volkspartei 7, Sozialdemokraten 4, Christlich-Soziale 3, Deutsch-Oesterreichische Bauernpartei 1. Der neue, 175 Abgeordnete zählende Nationalrat hat somit folgende Zusammensetzung: Christlich-Soziale 82, Sozialdemokraten 66, Großdeutsche Volkspartei 22, Bauernpartei 4, Bürgerliche Arbeiterpartei 1.

Eine tschechische Helidentat.

Prag, 1. Nov. Wie die „Bohemia“ aus Mährisch-Bussau berichtet, ist das dortige Kaiser Franz Joseph-Denkmal durch tschechische Legionäre zerstört worden.

Die Bergarbeiterbewegung in Frankreich.

Paris, 1. Nov. Nach einer Havas-Meldung aus St. Etienne haben die Bergarbeiter des Loire-Beckens ihre Delegierten beauftragt, bei der am Dienstag in Paris stattfindenden Beratung des Generalkomitees zu verlangen, falls bis zum 12. November den Bergarbeitern nicht die verlangte Lohnerhöhung bewilligt werde.

Am das „Versöhnungs“-Schreiben der Oxforder Universitätsprofessoren.

Amsterdam, 31. Okt. Der Vizelanzler der Universität Oxford wendet sich öffentlich gegen das Schreiben der Oxforder Professoren an die deutschen Gelehrten und erklärt, daß die Universität nichts mit diesem Schreiben zu tun habe. — Bekanntlich war von englischen Professoren ein Schreiben an die deutschen Universitätsprofessoren ergangen, daß man auf dem Gebiete der Wissenschaft wieder wie ehemals zusammenarbeiten solle. Jetzt bekommen die Professoren also einen Rüssel für diese gewiß nicht allzu ehrlich gemeinte Anregung.

Demonstrationen in Irland.

London, 30. Okt. In Dublin haben die Trauerfeierlichkeiten für den Bürgermeister von Cork vor einem leeren Leichenwagen in Gegenwart einer riesigen Menschenmenge stattgefunden. In Queensdown weigerten sich die Eisenbahner, im Zuge nach Cork bewaffnete Wachmannschaften mitzunehmen. Die Admiralität requirierte einen Schleppdampfer, auf dem der Sarg nach Cork übergeführt wurde.

Eine amtliche Erklärung der englischen Regierung über den Abschluß des Bergarbeiterstreiks.

London, 30. Okt. Ueber die Verhandlungen zwischen der Regierung, dem Vollzugsausschuß der Bergleute und den Bergwerksbesitzern versendet Reuters eine Mitteilung, in der es heißt: Soweit die Bergleute in Betracht kommen, werden die Bedingungen des Uebereinkommens eine Genehmigung durch Abstimmung erfordern. Daß die Bevölkerung im allgemeinen weniger durch den Ausstand zu leiden hatte als durch den der Eisenbahner im vorigen Jahr ist nur der Tatsache zuzuschreiben, daß die Wirkung dieses letzteren jedermann unmittelbar sichtbar wurde, während die Wirkungen des Schlußes der Kohlengruben allmählich anwuchsen. Daß nichtsdestoweniger auch die drohende Gefahr einer weitverbreiteten Arbeitslosigkeit bei diesem Streik bestand, mag aus der Tatsache ersehen werden, daß bei Beendigung des Ausstands nicht allein die Eisen- und Stahlwerke überall lahmgelegt waren, sondern auch ihnen offenbar fernliegende Industriezweige gezwungen waren, viele Tausende von Arbeitern zu entlassen. Wenn man all das in Erwägung zieht, so erscheint nicht bemerkenswerter als die Selbstzucht der Bevölkerung, die Bergarbeiter selbst eingeschlossen. Diese letzteren, obwohl sie dem Befehl zum Ausstand allgemein gehorsam waren, waren doch in großer Zahl in Unkenntnis der genauen Ursachen des Ausstands und fühlten keine überwältigende Veranlassung zu klagen. Fast in allen Fällen wirkten sie mit den Eigentümern

bei der Erhaltung der Betriebssicherheit der Gruben zusammen, in denen vielfach die Werkzeuge, die Pferde usw. zurückgelassen wurden, im Vertrauen auf eine rasche Beilegung des Streitfalles. Von wenigen Fällen abgesehen, in denen Kohlen und Karto... entwendet wurden, kam nirgends ein Verbrechen oder eine wie immer geartete Sabotage vor. Die Eisenbahner, deren Haltung viel besprochen wurde, zeigten eine allgemeine Abneigung, sich dem Ausstand anzuschließen und die Haltung ihrer Führer bei der Hinausschiebung des Aufruhrs zum Ausstand ist wahrscheinlich ebensosehr dieser ihnen bekannt gewordenen Stimmung ihrer Anhänger wie ihrer eigenen Mäßigung zuzuschreiben. Während die große Mehrheit der Eisenbahner-Zweigverbände Entschließungen faßte, daß die Entscheidung über einen Ausstand dem Zentralausschuß übertragen wird, gingen einige soweit, formell gegen die Anregung zu einem Sympathiestreik zu protestieren, der von bolschewistischen Elementen ausging und der den im Kriege gebrachten Opfern unwürdig wäre. Der Ausstand ist im jetzigen Zeitpunkt ein bellagenswerter Rückschlag gewesen, hat aber zu recht hoffnungsvollen Zeichen einer größeren zukünftigen Gütterzeugung und wachsender Tätigkeit in allen Volksschichten geführt.

Die Thronfolgefrage in Griechenland.

Luzern, 31. Okt. Die Schweiz. Dep.-Ag. erhält von dem ehemaligen Minister des Königs Konstantin eine Mitteilung, wonach die griechische Regierung durch ihren Gesandten in Bern gestern beim Prinzen Paul wegen der Thronfolgefrage einen Schritt unternommen habe, auf den der Prinz erwiderte, daß er den Standpunkt der griechischen Regierung nicht teile, wonach er durch die Verfassung berufen sei, den Thron zu besteigen. Der griechische Thron gehöre seinem Vater und Kronprinz sei sein älterer Bruder Georg, die beide niemals auf die ihnen zustehenden Rechte verzichtet und nur gezwungen ihr Vaterland verlassen hätten. König Konstantin würde eine Rückkehr nach Griechenland lediglich von der freien Willensäußerung des griechischen Volkes abhängig machen, und er selbst würde nur dann den Thron annehmen können, wenn das griechische Volk sich unzweideutig dahin ausspreche, daß es eine Rückkehr des Königs Konstantin nach Griechenland nicht wünsche und den Kronprinzen Georg von der Thronfolge ausschließe.

Der neue Präsident von Mexiko.

(W.A.B.) Paris, 30. Okt. Nach einer Meldung aus Mexiko wurde Alvaro Obregon zum Präsidenten gewählt. Er wird sein Amt am 1. Dezember antreten.

Deutschland.

Der Grund alles Übels.

Berlin, 31. Okt. Der Nationalverband deutscher Gewerkschaften trat heute hier zu seiner ersten Reichstagung zusammen. Nach einer Begrüßungsansprache seines Vorsitzenden Geisler sprach der ehemalige Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Versailles, Freiherr v. Lersner, über das Thema: „Versailles“. Er führte aus, der Vertrag von Versailles bedeute nach den Worten Clemenceaus die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Der Vertrag sei auch der innere Grund fast allen Übels in Deutschland. Man müsse seine Revision anstreben.

Die Schädigung der deutschen Industrie durch den Friedensvertrag.

* Berlin, 30. Okt. Der französische Senator Henri Beranger hatte kürzlich im französischen „Journal du Midi“ ausgeführt, daß er in der Lage gewesen sei, die deutschen Fabriken in Ludwigshafen, Höchst, Köln und andern Plätzen zu besuchen. Er habe überall gefunden, daß die Schornsteine rauchten, überall voll gearbeitet werde und Millionen Werte produziert würden. Die Behauptung Deutschlands, daß durch das Spaabkommen die deutsche Industrie sehr geschädigt worden sei, sei nur ein schlechter Scherz, dem die französische Regierung ein Ende machen müsse, indem sie zu Pfändern greife. — Wie Geheimrat Duisberg von den Lebertsener Farbwerken heute vor Pressevertretern ausführte, stehen diese Angaben mit den Tatsachen in einem gerabezu grotesken Widerspruch. Es hat tatsächlich eine erhebliche Einschränkung der deutschen Industrie stattgefunden müssen. Daß natürlich im Anfang die noch aufgestapelten Vorräte verbraucht werden mußten und dadurch zunächst Stilllegungen vermieden wurden, liegt auf der Hand. Auch waren die Witterungsverhältnisse relativ günstig, so daß dadurch an Hausbrandholz und an Kohle für Heizung der Werkstätten und Fabriken gespart werden konnte. In kalten Monaten werden für diesen Zweck etwa 20 Prozent mehr Kohlen verbraucht. Was die einzelnen Orte, die der französische Senator anführt, anbelangt, so kann es sich bei Ludwigshafen

Vortrag
Calw
mitt. 2 Uhr.
matisch
redung.
den.
mmermann.
verein
gend
nung
Oktober 1920.
3 Uhr.
Calw.
8 Uhr:
end
Stuttgart
e).
ojowsky,
e: 1. Platz
St. Steuern).
d. Hof
8 Uhr
chen
en
ranstal-
lung aus.
latte
Röble.
kauf.
ntag, den
Nov. 1920,
elgischer
len,
am Verkauf
ein
wengart
bideon.
herd,
n, 2 Kochlöffel,
Basserschiff,
ent billigst
e, Althengstett.

nur am die böhische Anilin- und Sodafabrik handeln. Diese ist allerdings voll beschäftigt, da sie auf der Belieferungsliste mit Kohlen an erster Stelle steht, wegen der Produktion von Stickstoffdünger, den wir für die Landwirtschaft in erster Linie gebrauchen. In Höchst dagegen bei den Farbwerten hat eine erhebliche Einschränkung stattfinden müssen. Dasselbe ist in Köln bei den Leverturmer Farbwerten der Fall, die in den ersten 7 Monaten dieses Jahres nur etwa 50 Prozent der bisherigen Produktion in Köln herstellten. Bei Krupp brennen die Hochofen auch nur zur Hälfte. Die Flaschenfabrikation hat nur ein Drittel ihrer Friedensproduktion zu verzeichnen, ebenso leiden die Glasfabriken und die Zementfabriken sehr unter dem Kohlenmangel.

Deutscher Beamtentag.

Der zweite Beamtentag des Deutschen Beamtentages, der mehr als 1 1/2 Millionen Beamten vertritt, hat am 27. Oktober folgende Entschließung angenommen: Der vom 25. bis 27. Oktober 1920 in Berlin tagende 2. Beamtentag des Deutschen Beamtentages war in Regierung, Volksvertretung und Öffentlichkeit in 12. Stunde, die letzte wirtschaftliche Widerstandskraft der Beamtenschaft durch kurzfristige Sparmaßnahmen zu vernichten und dadurch das Rückgrat des Staats zu zerbrechen. Voraussetzung für den Erfolg der unbedingt nötigen gerechten Lösung der Besoldungsfrage ist es, daß alle Wege geprüft werden, die geeignet sind, die Kaufkraft des Geldes zu heben. Während Arbeitslohn und werbenbes Kapital bis zur Unerträglichkeit durch Steuern belastet sind, feiert die Spekulation mühelos Triumphe. Der 2. Beamtentag verlangt, daß demgegenüber endlich mit rücksichtsloser Energie vorgegangen wird. Hierdurch ist es möglich, die deutsche Volkswirtschaft wieder leistungsfähig zu machen und zu festigen. Nur dann kann mit den Milliardenausgaben für die Beamtensbesoldung eine wirkliche und wirksame Besoldungsreform geschaffen werden.

Zum Flugverbot für deutsche Flugzeuge.

Berlin, 30. Okt. Zu dem Flugverbot für deutsche Firmen erzählt die „D. Allg. Ztg.“, daß es sich dabei um ehemals militärische Flugzeuge handelt, die von der internationalen Luftfahrtüberwachungskommission deutschen Firmen für privaten Flugverkehr freigegeben waren. Die Flüge damit fanden im Inland wie auch im Ausland mit Wissen der Luftüberwachungskommission statt. Diese Kommission änderte in jüngster Zeit ihre Stellungnahme und beschlagnahmte Flugzeuge, die nach Wien und Riga flogen. Das Auswärtige Amt hat gegen dieses Vorgehen Einspruch erhoben.

Vermischtes.

Verurteilung eines Kommunisten.

Berlin, 30. Okt. Dem „B. L. A.“ zufolge verurteilte das Münchener Volksgericht den verantwortlichen Redakteur Fritz Erhart von der kommunistischen „Neuen Zeit“ wegen Aufreizung zum Klassenhaß und Hochverrats zu einem Jahre Gefängnis.

Der Sektkonsum in Deutschland.

Im letzten Jahr sind nicht mehr als 10 Millionen Flaschen Sekt getrunken worden gegenüber 6 Millionen vor dem Krieg; auch ein Zeichen für die Blütezeit der Schieber und Prasser. Diese 10 Millionen Flaschen Sekt machen einen Betrag von weit über 1000 Millionen Mark aus. Neben dieser Milliardenausgabe für Sekt sind im letzten Jahre noch viele Milliarden für Zigaretten, Schokolade, Seiden, Parfüms usw. an das Ausland ausgegeben worden.

Echumore in Grabchriften.

Gesammelt von Josefine Graf-Lomano.

„Hier liegt Fusca, die Hausfrau, die sorgliche, zarte, getreue. Nimmer ertrug ihr Gemahl solchen, so schweren Verlust, hätte die Gute nicht, wohl abend sein trauriges Schicksal, 20 Jahre Gebuld ihn und Ergebung gelehrt.“ — „Lies, Wanderer, eines Ehemanns Schmerzen. Im Leben schalt mein Weib gar sehr. Jetzt liegt ein Stein auf ihrem Herzen, auf meinem keiner mehr.“ — „In diesem Grabe ruht der Peter. Die Frau begrub man hier erst später. Man hat sie neben ihm begraben. Wird er die ewige Ruh auch haben?“ — „Hier ruht mein Weib, die Anna Lesser. Ihr ist nun wohl und mir noch besser.“ — „Damit es endlich Frieden werde, schloß ihr der Tod den Mund mit Erde.“ — „Hier ruht Kaspar Brunnhuber; 26 Jahre lebte er als Mensch und 37 als Ehemann.“ — „Seit uns der Tod geschieden, ruht sie und ich in Frieden.“ — „Lieber Tod, du warst zur Hand, löstest dieses Eheband; er ist dort und ich blieb hier, lieber Tod, wie dank ich dir!“ — „Ob sie wohl in jenen Welten wird mit ihrem Schöpfer schelten? Wandrer, schnell, geh fort von hier, sonst steht sie auf und jankt mit dir.“ — „Mein Weib liegt hier im Todesarm. Ich bitt' dich, laß sie liegen; solch eine Nebenbuhlerschaft ertrag' ich mit Vergnügen.“ — „Hier ruht in stiller Grabesnacht ein zärtlich Weib aus von dem Kummer, Not und Leiden, die sie, getreu bis zum Verschneiden, viel Jahre lang dem besten Mann — gemacht.“ — „Hier liegt mein Mann. Ich hätte gegen ihn wohl arg zu klagen; allein von Toten darf man ja nichts Böses sagen.“

Greifenalter.

Jahre sind wie das liebe Geld:
Einer hat die Leute drum geprellt,
Einer hat sie im Schweiß errungen,
Erbettelt, verzettelt, erparnt und erzwungen,
Einer verliert sie in Hast und Lauf,
Einer gab sie dem Glück in Kauf,
Einer vertut sie mit einem Streich —
Und wer sie hat, ist unendlich reich.

Roda Roda.

Amtsliche Bekanntmachungen.

Bezirk: Kochmehl.

Ewa vom Montag den 8. November d. J. ab kann wieder Kochmehl (85prozentiges Weizenmehl) zum Preis von 2.75 M per Kilo gegen die Weizenmehlarten gekauft werden.

Calw, den 1. November 1920.

Kommunalverband Calw:
Oberamtmann Gös.

Vordrucke für die Schüleruntersuchungen.

Die Gemeindebehörden werden unter Hinweis auf § 16, insbesondere Abs. 2 der Volksh.-Verf. zum Oberamtsarztgesetz vom 17. März 1913 (RegBl. S. 82) beauftragt, den Bedarf an Vordrucken der Gesundheitsbogen, Schreiben für Einladungen der Erziehungsberechtigten zur Teilnahme an den ärztlichen Untersuchungen und Schreiben für Benachrichtigungen über das Ergebnis der Untersuchung festzustellen und alsbald hierher anzuzeigen.

Der noch vorhandene Vorrat an Vordrucken ist in Abzug zu bringen.

Calw, den 27. Oktober 1920.

Oberamt:
Gös.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 1. November 1920.

Verbesserung der Zustellung des „Calwer Tagblatt“ im Bezirk.

Trotz der Früherlegung des Redaktionschlusses, die wir ohne Einschränkung des bisherigen raschen Nachrichtendienstes nur durch beste Ausnutzung unserer modernen technischen Einrichtungen zu erreichen vermochten, war es uns bisher nicht möglich, allen Lesern des Bezirks noch am Ausgabetag unsere Zeitung zu liefern. Durch das Entgegenkommen der hiesigen Postverwaltung, die zwecks Übermittlung der Zeitungspost einen weiteren Bestellgang zum Bahnhof eingelegt hat, ist es uns jetzt ermöglicht worden, unsern Bestelldienst so zu regulieren, daß das „Calwer Tagblatt“ in allen Orten des Bezirks noch am gleichen Tage ausgetragen werden kann. Auf diese Weise konnten wir also den Wünschen unserer Leser, die sich in dieser Richtung seither benachteiligt fühlen mußten, Rechnung tragen.

Herbstkränzchen des Turnvereins Calw.

Man schreibt uns: Der Turnverein feierte am Samstagabend im Saale des „Bad. Hofes“ sein Herbstkränzchen. Bei vollbesetztem Saale wurden die vorgesehenen Programmpunkte flott und sicher durchgeführt. Das Programm wies Stahlsübungen der Damenriege, Schlämungen der Böglinge am Doppelbarren, Übungen der aktiven Turner am Barren, der Damenriege am Pferd, Pyramiden und eine einaktige Poffe auf. Die turnerischen Vorführungen waren alle musterhaft; zum Teil waren es glanzvolle Leistungen. Jeder gab sein Bestes. Man muß einer Vereinsleitung Dank wissen, die es versteht, in solch hohem Maße das Interesse am Turnsport zu wecken und in dieser Weise zu pflegen. Die Veranstaltung war nur Mitgliedern zugänglich; es wäre wünschenswert, wenn der Verein mit derartigen Vorführungen des öfteren in die Öffentlichkeit treten würde, denn es ist eine Notwendigkeit, daß der Turnsport in immer weitere Kreise dringt. Wir müssen unsere Jugend zu körperlichen Übungen heute in weit größerem Umfang heranziehen, sonst läuft sie Gefahr zu verkümmern und verkommt im Zigarettenqualm, auf Tanzböden und im Alkoholbunt. In einem von einem Fußballspieler vorgetragenen Couplet kam zum Ausdruck, daß der Fußballklub auf fremdem Blase spielen muß. Die Bemühungen zur Errichtung eines eigenen Platzes sind bekanntlich an den hohen Kosten, die die Einsegnung des Platzes verursacht hätte, gescheitert. Es gibt talauf, talab geeignete Plätze, die ohne erhebliche Kosten als Fußballspielplätze hergerichtet werden könnten; wie wäre es, wenn die Besitzer diese Plätze gegen ein übliches Pachtgeld zu diesem Zwecke abgeben würden. Wir müssen unserer Jugend Gelegenheit zu Spiel und Sport schaffen zur Erhaltung und Stärkung ihres Körpers. Die Pflege des Körpers muß Allgemeinut des gesamten deutschen Volkes werden, denn in einem gesunden Körper wohnt auch ein gesunder Geist.

Kammermusikabend.

Das Gumpold-Trio Stuttgart veranstaltet morgen abend am „Bad. Hof“ einen Kammermusikabend, bei dem Werke von Brahms, Smetana, Stojowsky und Dvorak gegeben werden. Nach den uns vorliegenden Konzertberichten aus anderen Städten steht den Besuchern der Veranstaltung ein künstlerischer Genuß bevor, denn die Leistungen der Künstler wurden überall als vortrefflich bezeichnet.

Frühe Kälte.

So schön und klar der Oktober bis zum Schluß geblieben ist, so bitter werden die kalten Nächte empfunden, die er uns viel zu früh im Jahre gebracht hat. In den letzten Tagen sind landauf, landab je nach Höhenlage, Frosttemperaturen von 3 bis zu 10 Grad gemessen worden, die niedrigsten am oberen Neckar, auf dem Schwarzwald und auf der Alb, die höchsten im Unterland, wobei aber auch die Höhenlosebene bis zu 6 und 7 Grad unter Null hatte. Wenn das so weiter geht, werden wir mit unsern Heizvorräten bald am Ende sein.

Für die innere Mission.

Die Sammlungen im Lande für die evangel. Anstalten der Inneren Mission haben 2,4 Mill. M ergeben. Etwas mehr als die Hälfte kam schon zur Verteilung, der Rest soll nach Abschluß der Rechnungen für 1920 verteilt werden. An die

Landwirte ergeht die Bitte, den bedrängten Anstalten Material abzugeben zur Verfügung zu stellen.

Bezahlung des Reichsnotopfers durch Kriegsanzleihe.

Bekanntlich können die Steuerpflichtigen noch bis 31. Dezember 1920 ihre selbstgezeichneten Kriegsanzleihe, und zwar die 3prozentigen Schuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen und Schahanweisungen, sowie die 4 1/2prozentigen Schahanweisungen der 6., 7., 8. und 9. Kriegsanzleihe mit Zinsen für die Zeit vom 1. Januar 1920 ab zum Nennwert, die 4 1/2prozentigen Schahanweisungen der 4. und 5. Kriegsanzleihe unter Zugrundelegung des gleichen Zinsfußes zum Werte von 96,50 M von je 100 M Nennwert für das Reichsnotopfer in Zahlung geben. Da diese Vergünstigung hiernach mit Ablauf dieses Jahres erlischt, und zwar auch dann erlischt, wenn bis zu diesem Zeitpunkt ein Steuerbescheid noch nicht erteilt ist, kann den Steuerpflichtigen nur dringend empfohlen werden, der Aufforderung nachzukommen, da sie andernfalls Gefahr laufen, der erwähnten Vergünstigung überhaupt verlustig zu gehen.

Vergnügungssteuer bei Tanzereien.

Das Ministerium des Innern und das der Finanzen geben bekannt, daß die Vergnügungssteuer von den eigentlichen Tanzstunden nicht entrichtet werden muß. Der Tanzunterricht wird jedoch steuerpflichtig, wenn in den Unterrichtsräumen Speisen oder Getränke gegen Bezahlung verabreicht werden oder wenn der Unterricht mit Ausflügen, Kränzchen und Bällen verbunden wird. Auch die Tanzveranstaltungen der Vereine, geschlossenen Gesellschaften und bei Hochzeiten sind steuerpflichtig, wenn sie außerhalb privater Wohnräume stattfinden.

Die Münzprägungen im September.

Im September haben die Münzprägungen die größte bisher dagewesene Ausprägung von Aluminium-Fünfspennigstücken gebracht. Es wurden davon 12 464 875,50 M geprägt gegen durchschnittlich 8—9 Millionen M in den Vormonaten. Insgesamt sind bisher Aluminium-Fünfspennigstücke im Betrag von 65,9 Millionen Mark geprägt. Des weiteren gelangten im September zur Ausprägung für 1 577 622,80 M Zink-Zehnpennigstücke und für über 651 310,35 M eiserne Fünfspennigstücke, so daß nunmehr an Eisenmünzen für 72,5 Millionen M und Zinkmünzen für 58,5 Mill. Mark für den Kleinverkehr in Hartgeldmünzen im Betrag von 196 Millionen M zur Verfügung stehen.

Stammwürzegehalt und Höchstpreis des Bieres.

Nach den im amtlichen Teil des Blattes vom 29. Oktober veröffentlichten Vorschriften darf mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. an neben Einfachbier mit einem Stammwürzegehalt von 2 bis 4 1/2 v. H. auch Vollbier mit einem Stammwürzegehalt von 8 v. H. hergestellt werden. Der Herstellerhöchstpreis beträgt für Einfachbier 130 M, für Vollbier 180 M je für 100 Liter bei Lieferung in Fässern. Da die beteiligten württembergischen Gewerbetreibenden in anerkannter Weise eine wesentliche Preisentwertung erlitten haben, sind die bisherigen landesrechtlichen Bierhöchstpreise für Hersteller, Wirte und Flaschenbierhändler aufgehoben worden. Für Wirte und Flaschenbierhändler bleibt jedoch die Vorschrift des Ausschlags der Bierpreise nach wie vor in Kraft.

Baden und Württemberg.

Von einem der Stuttgarter Regierung nahestehenden württembergischen Parlamentarier wird im Anschluß an die kürzlich abgehaltene Zusammenkunft der Abgeordneten aus Baden, Württemberg, Hessen usw. der „Allg. Postztg.“ mitgeteilt, daß der Zusammenschluß Badens mit Württemberg, der bekanntlich in Baden viele Gegner hat, nicht weiter verfolgt werden soll. Es handle sich bei allen Besprechungen nur noch um eine Parallelsplitz Badens und Württembergs.

Württembergisches Nachrichtenblatt für Feldzugsteilnehmer und Regimentsvereine.

Zu der unlängst auch in der württ. Presse verbreiteten Nachricht von der Neugründung eines Nachrichtenblattes für Regimentsvereine in Berlin, sind wir in der Lage, mitzuteilen, daß für Württemberg das „Militärische Echo“, das schon bisher als Mitteilungsblatt des württ. Offiziersbundes und sonstiger württ. Bünde einen großen Leserkreis unter den Mitgliedern der Regimentsvereine hatte, zugleich zum Nachrichtenblatt für die württ. Regimentsvereine erweitert wird. In der letzten Sitzung der württ. Regimentsvereine in Stuttgart mit den Ortsgruppen und dem Vorstand des Württ. Offiziersbundes wurde eingehend dargelegt, wie dringend nötig ein derartiges landsmannschaftliches Organ zur Verbreitung der Kenntnis neuer Versorgungs- und Pensionsgesetze ist, sowie sonstiger wichtiger Mitteilungen aus dem Abwärtswesen, von der Reichswehr, vom Reichsarbeitsnachweis f. D., von der Ordnungspolizei, der Technischen Nothilfe usw. Die Vertreter der württ. Regimentsvereine haben insolge dessen beschlossen, für weitestgehende Verbreitung und Mitarbeit am „Militärischen Echo“ (Stuttgart, Redat. 44 p.) im Interesse ihrer Mitglieder zu sorgen. Auch der Inseratenteil soll ausgebaut und günstiger gestaltet werden.

(SCH.) Pforzheim, 30. Okt. Manche Goldarbeiter haben die Anstöße, ihre Trinkflaschen mit Zyankali auszufüllen, das zum Vergolden gebraucht wird und leicht zur Hand ist. Eine Poliererin in einer Fabrik der Belfortstraße ließ die Zyankalilösung eine Zeitlang offen in der Flasche stehen. Als sie hinausging, nahm ihre Arbeitskollegin, die 20 Jahre alte Anna König, in der Meinung, es sei Most, einen hastigen Schluck. Nach einer halben Stunde war sie tot.

Mutmaßliches Wetter am Dienstag und Mittwoch.

Der Hochdruck steht in günstiger Lage im Osten und Norden. Die südwestlichen Störungen bringen noch nicht durch. Am Dienstag und Mittwoch ist ziemlich kaltes und trockenes Wetter zu erwarten.

Aufruf der württembergischen Zentrumsfraktion an die württembergische Bevölkerung in Stadt und Land!

Die Zentrumsfraktion des Württ. Landtags erläßt folgenden Aufruf:

Das Leben unseres Volkes steht in engster Wechselwirkung. Jeder Stand und Beruf ist auf den anderen angewiesen. Des einen Wohlergehen ist bedingt durch das des andern. Das Unglück des einen ist das Unglück des andern. In richtiger Erkenntnis dieser Lebensgrundlagen eines Volkes hat die Zentrumsfraktion sich von jeher zur hl. Pflicht gesetzt, den berechtigten Interessen aller Stände sich anzunehmen. Diese in treuer Hingebung jahrzehntelang befolgte Politik gibt der Zentrumsfraktion das Recht, in schicksalsschwerer Zeit diesen Aufruf an die Bevölkerung zu richten. Arbeitslosigkeit, No- und Elend bedrohen die öffentliche Ordnung und unterhöhlen die Achtung vor Gesetz und Obrigkeit. Der Gegensatz zwischen Stadt und Land birgt schwerste Gefahren für Volk und Wirtschaft in sich. Industrie und Gewerbe leiden unter Kohlen- und Rohstoffmangel. Darin liegt der Hauptgrund für die große Arbeitslosigkeit, die Erklärung für die Notwendigkeit der staatlichen Erwerbslosenfürsorge. Die gegenwärtige und künftige Notlage ist eine Folge des verlorenen Krieges und der Revolution, der Wirkung des Versailler Friedensvertrags, der Ausbreitung der Nachpolitik unserer Feinde. Millionen Kinder sind unterernährt und künftlos, es fehlt ihnen die nötige Milch und kräftige Kost. 1700 000 deutsche Männer sind als Opfer des Krieges nicht mehr in die Heimat zurückgekehrt oder nach der Heimkehr dort gestorben, sie schückten mit ihrem Leben die Heimat. 3 Millionen Kriegsbeschädigte, 800 000 Kriegserwitwen, 1 1/2 Mill. Kriegswaisen leiden schwer unter der Not der Zeit. Hunderttausende Kleinrentner, Pensionäre, Unfallverletzte und Invaliden, Veteranen der Arbeit und des Krieges leiden furchtbar unter der Teuerung. Ganze Stände sind durch die Wirkungen des Friedensvertrags in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht. Der politische Radikalismus arbeitet auf den Krieg aller gegen alle hin. Noch aber ist das deutsche Volk und die deutsche Wirtschaft zu retten. Die erste Hilfe muß von unserm braven Landvolk kommen. Der Bauernstand ist der wichtigste Stand im Staat; er ist der Nährstand des Volkes. Ohne Bauernkraft und Bauernarbeit kann unser Volk nicht bestehen. Dem Landvolk rufen wir daher zu: Liefert das Brotgetreide an die öffentliche Bewirtschaftung ab. Weist Preisüberbietungen von Schleihhändlern und Wucherern zurück. Gedent der Worte des Heilandes, der auch den Verbrauchern in den Städten wie denen auf dem Lande Erfüllung ihres Gebets verheißt, welche den Vater in seinem Namen bitten: Gib uns unser täglich Brot! Lasset den Wuchergeist nicht in eure Häuser und Gemeinden hinein. Weist ihn, wo er eingezogen sein sollte, wieder hinaus. Handelt nach christlichen Grundgesetzen im Wirtschaftsleben. Begnügt euch für die Erzeugnisse eures Fleißes und Schweißes mit Preisen, die der Not weitester Volkstriebe gerecht werden. Damit helfst ihr Staat und Volk retten. Damit rettet ihr euch selbst! Leistet eurem Stand den besten Dienst und bewahrt das ganze Volk vor Untergang und Zusammenbruch. Handelt solange es Zeit ist!

Aber nicht nur der Bauernstand, auch die städt. Bevölkerung hat Pflichten gegen die Allgemeinheit. Das Landvolk kennt keinen Achtstundentag, es arbeitet von morgens früh bis abends spät. Gönnet darum der ehelich geleisteten Arbeit der landwirtschaftlichen Bevölkerung einen gerechten und auskömmlichen Verdienst. Nehmet aber auch an dem Arbeits- und Berufseifer des Landvolkes ein Beispiel. Dem Warenhunger kann nur durch vermehrte Arbeitsleistungen gesteuert werden. Starres Angebot an Waren senkt die Preise. Mit radikalen Parteiprogrammen, Reden und Handlungen, mit der Vernichtung aller Werte kann das staatliche und wirtschaftliche Erdmümersfeld nur vergrößert, aber kein Aufbau von Staat und Wirtschaft geleistet werden. Wir verurteilen es auf das schärfste, daß es in den Städten noch immer Volkstriebe gibt, die ein Schlemmer- und Prasserleben führen und so die Klagen gegen sie noch verschärfen. Weiße Erwerbstriebe ziehen Riesengewinne aus ihrem Geschäft und bereichern sich, während zur gleichen Zeit breite Volksmassen verarmen. Sollen bessere Zeiten kommen, dann muß das Verhältnis von Mensch zu Mensch wieder auf eine gesunde Grundlage gestellt, es müssen bessere Menschen geschaffen werden. Treue, Ehrlichkeit, Wahrhaftigkeit und Unbestechlichkeit in Handel und Wandel müssen wieder zur Geltung gebracht, die Gebote des christlichen Sittengesetzes müssen im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben wieder anerkannt und praktisch getätigt werden. Wir gehen einer noch schwereren Zeit entgegen. Habet Mut und Gottvertrauen! Schließt euch zu nationaler und völkischer Arbeit zusammen. Dann gehen wir trotz aller Schwierigkeiten als Staat und Volk nicht unter. Stadt und Land sind und bleiben in einer Schicksalsgemeinschaft miteinander verbunden. Vergesst das nicht! Helft einander! In diesem Sinne und Geiste: Voran mit Gott!

Landtag.

Generaldebatte zum Staatshaushalt.

(S. 2.) Stuttgart, 29. Okt. Präsident Walter eröffnet die 20. Sitzung um 9 1/2 Uhr mit Bekanntgabe einiger Einläufe, die dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen werden. Am Ministerisch: sämtliche Minister. — Das Haus nimmt zuerst die Abstimmung über die Anträge zur Ernährungsfrage vor.

Abg. Bazille (B.-P.) erklärt, der Antrag der Mittelparteien, der zuerst zur Abstimmung kommen soll, sei geschäftsmäßig unzulässig.

Abg. Haugmann (D. d. P.) und Keil (Soz.) bestritten dies und erklären, die Annahme des Antrags der Mittelparteien bedeute, daß über die zwei Anträge der Rechten zur Tagesordnung übergegangen wird.

Abg. Bazille (B.-P.): Wir stellen keine Forderungen, wir verlangen nur Bekenntnis und Stellungnahme zu den wichtigsten Fragen.

Das Haus stimmt zuerst über die Zulassung des Antrags der Regierungsparteien ab, die gegen die Stimmen der Rechten und der U. S. P. ausgesprochen wird. Es kommt hierauf zu einer Geschäftsordnungsdebatte von allgemeiner Festigkeit und Schärfe zwischen Haugmann, Keil, Bod und Bazille. Bazille hatte beantragt, den Antrag der Mittelparteien zu trennen. Bod (Z.) erklärte namens der Antragsteller, den Antrag nicht zu trennen. (Größte Unruhe. Zwischenrufe: Kaperttheater!)

Abg. Bazille (B.-P.): Von Ihnen lassen wir uns nicht verzeu. Erst kürzlich haben Sie bei unserm Antrag das Gegenteil getan. (Unruhe.)

Abg. Keil (S.) weist den Vorwurf als falsch zurück. (Größte Unruhe. Andauerndes Glockenzeichen des Präsidenten.)

Der Präsident schreitet zur Abstimmung. Die Anträge der Mittelparteien wurden gegen die Rechten und U. S. P. angenommen durch die Regierungsparteien und Sozialdemokraten. (Unruhe links und rechts. Zuruf zu den Sozialdemokraten: Geheime Regierungspartei.)

Man geht über zur Generaldebatte zum Etat.

Präsident Walter: Die Aussprache über Generalstreit und Ernährungsfragen hat zuviel Zeit in Anspruch genommen. In nächster Woche sollte der Finanzausschuß und ein zu wählender Steuerauschuß ihre Einzelberatungen aufnehmen können. Ich bitte die Redner, sich zu beschränken.

Abg. Körner (B.-P.): Daß früher sehr gewissenhaft gearbeitet wurde, ergibt sich aus der früheren Einbringung des Etats. Der heutige Beamtenapparat — 17 000 Beamte ohne Post- und Eisenbahnbeamte, die zum Reich zählen — spricht eine deutliche Sprache. Wir müssen uns wieder zurückfinden zu einer soliden und strengen Geschäftsführung. Die Schwere der Steuerlasten und der Verfall unseres Wirtschaftslebens nötigen zur Sparbarkeit. Im ganzen Finanzwesen sind wir Kostgänger des Reiches, das Kosthaus ist aber ein launisches. Wie lange es seine Verpflichtungen halten kann, weiß niemand. Woran es fehlt, das ist der Mangel an Zivilcourage, der Mut einzugehen, was uns retten könnte. Wir müssen arbeiten wie 1880/90 und so bescheiden leben wie 1860. Reichsfinanzminister Wirth erklärte, die Besoldungsordnung in den einzelnen Ländern ist ein Unglück. Noch niemals ist eine so scharfe Beurteilung der Finanzminister der Länder dorgekommen. Beim Haushalt des Staatsministeriums fragt es sich, ob für genügende Stellvertretung im Reichsrat gesorgt ist. Im Vergleich mit Baden und Hessen sind wir im Rückstand. Ob eine Berliner Gehaltskommission beim Reichspräsidenten notwendig ist, ist fraglich. Es sollte erwogen werden, ob die Summe zweckmäßiger verwendet werden kann. Der Reichsverwaltungsgerichtshof soll nach Stuttgart kommen. Die Presseabteilung halten wir nach wie vor für durchaus unnötig. Es liegt keine absolute Staatsnotwendigkeit vor. Die Ausgaben für die Presseabteilung sind Luxusausgaben, sie lassen sich durch nichts rechtfertigen. Die Parteiminister hätten auch bei Berufung von Personen den Schein der Parteilichkeit wahren müssen. Dazu ist die Presseabteilung eine verkappte Zensurabteilung, die rechtsstehende Zeitungen wegen ihrer Kritik verfolgt. Man ist furchtbar empfindlich im Volksstaat. Auch vom erprobten Modus des Ausschreibens der Stellen ist man abgewichen. In Verbindungsblättern sucht man Beamte für Jugendämter. (Zuruf: Welche Zeitung?) Fragen Sie doch selbst nach! (Unruhe, Zurufe. Körner: Ich weiß gar nicht, warum Sie so aufgeregt sind!) In das Ministerium des Innern gehört ein erfahrener tüchtiger Fachmann. Ein neuer Geist muß in die Verwaltung einziehen. Ich weiß nicht, ob Minister Graf die rechten Leute hat. Eine allgemeine Landesverwaltungsreform muß kommen, die Oberamt-männer ihrer alten segensreichen Tätigkeit zurückgeben. Es fragt sich auch, ob nicht ein Strafenlastenverteilungsgesetz verlangt werden kann. Das Staatsministerium soll für gute Verkehrsverbindungen, für Durchgangsverkehr sorgen und dafür, daß Friedrichshafen Zentrale der Dampfschiffahrt auf dem Bodensee wird. Die Maul- und Klauenseuche machte in Württemberg für 120 Millionen Schaden, was der gesamten Einnahme der Landwirtschaft an Kartoffeln entspricht. Die Landwirte sollten zinslose Darlehen vom Reich erhalten. Bezüglich der Schullasten bemerkt Körner, daß man sich mit dem Gedanken vertraut machen müsse, undurchführbare Projekte fallen zu lassen oder nicht in Angriff zu nehmen. (Der Finanzminister nickt.) Ich meine damit in erster Linie das 8. Schuljahr. Es wird als eine furchtbare Belastung empfunden. Das Landestheater sollte von der Stadt Stuttgart übernommen werden. Die Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat sollte nur vorläufig und mit jeder möglichen Schonung der Kirche bezüglich der Lastenverteilung erfolgen. Der Minister Schall hat von einem Verbreichen am Volk gesprochen. Wir sind gewohnt, wenigstens einmal in der Woche so tituliert zu werden. Trotz aller Mahnung der Sachverständigen hat der Minister im Juni die Milchpreise herabgesetzt. Zur Hebung der Milchnot ließ man kondensierte Milch von 7 bis 12 M die Büchse kommen. Eine solche gibt höchstens 1 Liter Milch. So gehen Millionen ins Ausland und für die Milchherzeugung geschieht nichts. Durch den Preisdruck wird die Milchherzeugung unterbunden, das ist ein Verbrechen am Volk. Ein solcher Minister gehört vor den Staatsgerichtshof. (Bazille: Ueberhaupt weg!) Was ist das Ergebnis einer Amerikafahrt durch einen Beamten des Ernährungsministe-

riums? Was ist das Ergebnis der Stickstoffdüngerversuche und anderer Programmpunkte des Ministers Graf? Zu unsern ersten Aufgaben gehört der Abbau des Ernährungs- und Arbeitsministeriums mit seinem Aufwand von 39 Millionen. Damit muß die Staatsvereinfachung anfangen. Redner tadelt sodann die Steuergeetze, überhaupt die Gesetzgebung auf diesem Gebiet, die unser sittliches Leben zerstört. Die Steuerzettel zum Reichsnotopfer waren am 15. Oktober in manchen Oberämtern noch nicht ausgegeben. Es herrscht ein Durcheinander ohnegleichen. Mit der Erhöhung der Katastersteuer können wir uns nicht einverstanden erklären. Das ganze Landessteuergezet läßt in Form und Inhalt zu wünschen übrig. Mehr Einfachheit, Klarheit und Gemeinverständlichkeit! Wenn die Regierung selbst durch die Einführung einer Mietsteuer mitwirkt, so kann von einem Preisabbau nicht gesprochen werden. Unsere schließliche Haltung zur Staatsregierung behalten wir uns vor. (Beifall rechts.)

Möller (Z.) vergleicht den ersten ordentlichen Haushaltsplan der Republik mit dem letzten Friedenshaushalt. Der Gesamtbedarf ist rund um das 4 1/2fache gestiegen. Die allgemeine Steigerung beträgt das Achtfache. So kann die Finanzverwaltung zufrieden sein. Die steuerlichen Einnahmen sind 5 1/2 mal so hoch als 1915. Die Fortschritte neben den Anteilen an den Reicheinnahmen bilden das Rückgrat der Einnahmen des Staates überhaupt. Der Staat darf aber nicht verteuert auf das Holz einwirken, sofern es im Lande verarbeitet wird. Gemeinden und Private werden den Holzpreisen des Staates folgen. Ein Rückgang in den Holzpreisen ist als außerordentlich wünschenswert zu bezeichnen. Eine direkte Belieferung der Handwerker ist zu bevorzugen. Ins Ausland sollte wenig Holz kommen. Der Zwischenhandel ist auszuhalten. Die Zwischenhändler haben die Teuerung wesentlich vermehrt, namentlich die nichtlegitimen Händler. Die Zwischenhändler sind Parasiten am Volkstörper. Auf den ersten Anblick macht der Haushaltsplan einen guten Eindruck. Es wäre dem Minister leicht gewesen, die 5 1/2 Millionen Defizit zu beseitigen, aber wir beziehen vier Fünftel unserer Einnahmen vom Reich und sind diesem auf Gebet und Verberb ausgeliefert. Die Sicherheit wird von den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen abhängen. Da steht es sehr düster. Wir sind vollständig in den Händen der Entente. Diese muß wissen, daß unsere Städte unter Misshandeln leiden. Darum ist scharfster Protest gegen eine weitere Ablieferung von Milchmehl einzulegen. Die äußere Sicherheit ist bedroht durch Frankreich, die innere durch eine Minderheit unseres Volkes, die russische Zustände einführen will. Mögen alle Arbeiter solchen Lockungen widerstehen! Die Gemeinden sind auf dieselben Steuern angewiesen wie der Staat. Können wir durchkommen? Nur dann, wenn alle staatsverhaltenden Kräfte die Finanzwirtschaft des Reiches durchführen helfen. Weitere Gehaltserhöhungen für Beamte sind nicht mehr zu ertragen. Es ist dringende Pflicht, sich der größten Sparbarkeit zu befleißigen und nur noch staatsnotwendige Ausgaben zu bewilligen. Die steuerliche Leistungsfähigkeit des Volkes ist schon jetzt über Gebühr in Anspruch genommen. Sollen wir planmäßigen Stellen zustimmen, oder sollen wir nur vertragsmäßige Anstellungen bewilligen? Es ist nicht angängig, neue Aufgaben in den Kreis der Ministerien hereinzuziehen. Das Zulagewesen ist trotz der neuen Verhältnisse im Etat nicht beseitigt. Die Regierung sollte eine Verfügung treffen wie beim Reich, die zur Sparbarkeit, Einschränkung und Vereinfachung in der Staatsverwaltung führt. Von der Einführung des 8. Schuljahrs sollte abgesehen werden. Alle mit der Kriegswirtschaft zusammenhängenden württ. Ämter sind nachzuprüfen. Die Uebernahme neuer Aufgaben verbietet sich durch den Mangel an Mitteln. Die Geheimgeschichte ist einzuschränken. Staatsarchiv und städt. Archiv, Staatsgerichtshof und Oberlandesgericht sind zusammenzulegen. Beim Justizetat fehlen neue Richterstellen und doch herrscht das Bewußtsein, daß die Gerichte zu langsam arbeiten. Beim Ministerium des Innern sind auch Neuanstellungen; diese sind nachzuprüfen. Die Staatsvereinfachung muß sich erstrecken auf die Zusammenlegung der Oberamtsbezirke und die Beseitigung der Kreisregierungen. Es wird zuviel in Einzelheiten hineingeregelt, wodurch ein System der Bevormundung entstanden ist. Notwendig ist eine Entlastung der Oberämter und eine Verstaatlichung der Polizei. Der Redner beantwortet die Forderung der Bau-tätigkeit durch Uebernahme einer staatlichen Garantie für Verzinsungs- und Amortisationsrente, ferner daß Friedrichshafen Reichszentrale der Bodenseeschiffahrt wird und daß ein Schnellzugspaar ins Oberland eine bessere Verbindung mit Stuttgart vermittelt. Beim Arbeitsministerium sollte ein Abbau eintreten, den ein sechsgliedriger Auschuß nachzuprüfen hat. Das Rohstoffamt mit 29 Beamten, die Landesbauernstelle mit 40 und auch die Frauenabteilung sind einzuschneiden. Der vorläufigen Regelung der Auseinandersetzung zwischen Kirche und Staat ist zuzustimmen, aber den katholischen Geistlichen kommt die gleiche Besoldung zu wie den evangelischen. Darüber werden wir einen besonderen Antrag vorlegen. An der Universität müssen auch noch katholische Philologen als Professoren zur Lehrerausbildung angestellt werden. Die Erhaltung des Stuttgarter Theaters als Landestheater ist sicherzustellen, aber durch vertragsmäßige Vereinbarung muß erreicht werden, daß die Stadt 50 Prozent des Fehlbetrags trägt. Im Zweifelsfalle kann auch der Staat der Stadt durch ein Gesetz die Verpflichtung auferlegen. Mit Rücksicht auf die finanzielle Belastung soll auf den Schülermangel bei Schulhausbauten und Lehreranstellung Rücksicht genommen werden. Die Konferenzen in Berlin sind einzuschneiden. Nur wenn in unserer Wirtschaft wieder Einfachheit und Sparbarkeit einkehrt, können wir bestehen. (Beifall in der Mitte.) — Schluß: 1/2 Uhr. Fortsetzung: Samstag, vormittag 9 Uhr.

Sprechsaal.

Für die unter dieser Rubrik gebrachten Veröffentlichungen übernimmt die Schriftleitung nur die redaktionelle Verantwortung.

Tannenreis zum Eindecken.

Die gegenwärtige erste Zeit mit ihren Sorgen und Nöten und deren niederdrückenden Begleiterscheinungen gibt einem selten mehr Gelegenheit zu einer Freude. Wenn man in dem zur Reife gehenden Jahr sich noch an etwas erfreuen konnte, so war es neben wenig anderem die Natur; sie bot wenigstens für kurze Stunden ein Vergessen alles dessen, was auf die Seele drückt. Insonderheit waren es die lieblichen Blumen, die Frühjahr, Sommer und Herbst erblühen ließen, darunter namentlich die herrlichen Rosen, welche Alten und Jungen, Kranken und Gesunden Freude bereiteten.

Da tut es einem besonders weh, wenn man mit ansehen muß, wie infolge der gegenwärtig herrschenden Nachtfröste — von Freitag auf Samstag waren es 9 Grad Kälte — ein Rosenbäumchen und ein Rosenstrauch nach dem anderen erfriert und zugrunde geht, weil noch immer kein Tannenreis zum Eindecken derselben der Einwohnerschaft aus dem Stadtwald zur Verfügung steht. Schon im letzten Jahr geschah dessen Verteilung viel zu spät. Auch damals ist mancher Rosenstrauch leider erfroren. Dies bedeutet aber für den Gartenbesitzer neben der Betrübniß einen erheblichen materiellen Verlust; denn ein Rosenstrauch kostet gegenwärtig 4 M und ein Rosenbäumchen 9 bis 12 M.

Bereits im vorigen Jahr und auch heuer wieder habe ich anfangs Oktober die das Dreieck verlaufende Stelle darauf

aufmerksam gemacht, daß es zum Eindecken höchste Zeit sei, wenn Schaden und darauffolgender unnötiger Verger vermieden werden sollte. In beiden Fällen aber war das Dreieck noch gar nicht geschitten. Es wurde in den letzten Jahren überhaupt immer viel zu spät mit dem Schneiden desselben begonnen. Man sollte aber doch endlich wissen, daß wir schon im Oktober — 1908 ist Anfang Oktober das Obst auf den Bäumen erfroren — empfindliche Nachtfröste haben.

Ich und mit mir viele Gartenbesitzer erwarten, daß das Dreieck in Zukunft rechtzeitig, d. h. spätestens Anfang Oktober, verteilt wird und nicht erst, wenn es zu spät ist.

Karl Zügel.

Für die Schriftleitung verantw.: Otto Selmann, Calw. Druck und Verlag der A. Hülshager'schen Buchdruckerei, Calw.

Bekanntmachung des Schlichtungsausschusses Stuttgart.

Der Wortlaut der in Arbeitsstreitigkeiten vom Schlichtungsausschuß Stuttgart abgegebenen

Schiedsprüche

oder vor dem Schlichtungsausschuß getroffenen Vereinbarungen der Parteien wird gemäß §§ 26 und 28 der Reichsverordnung über Tarifverträge und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten, vom 23. Dezember 1918, regelmäßig wie folgt öffentlich bekannt gemacht:

Bei Streitfachen von Groß-Stuttgart durch 14-tägige Auflage im Zimmer 20 im 3. Stock des Hauses Königstraße 18, bei allen sonstigen Streitfachen durch 14-tägigen Anschlag am Rathaus des Ortes des Betriebs, der von der Streitfache betroffen ist.

In gleicher Weise werden die Entscheidungen des würt. Demobilisierungskommissars über die

Verbindlicherklärung von Schiedsprüchen

öffentlich bekanntgegeben.

Stuttgart, den 31. Oktober 1920. Irion.

Gasperre.

Wegen Vornahme einer Leitungsprobe wird von heute Montag, den 1. November bis Samstag, den 6. November ds. Js. in der Zeit von nachts 12—4 Uhr die Gasabgabe gesperrt.

Es wird ersucht, sämtliche Gaszähnhähne in dieser Zeit geschlossen zu halten.

Calw, den 30. Oktober 1920.

Städt. Gaswerk: Schlaich.

Gelbe Rüben

verkauft heute am Bahnhof den Zentner zu 28 Mk.

Röhm-Dalcolmo.

Unter 1/2 Zentner wird an der Bahn nicht abgegeben.

Waschen Sie auch richtig?



Einweichen mit Dr. Gentner's Rotstern-Bleichsoda. Alsdann Einlegen in Dr. Gentner's Salmiak-Terpentin-Seifenpulver

Goldperle.

Der Schmutz löst sich von selbst. Die Wäsche wird geschont! Hersteller: Carl Gentner, Göppingen (Württ.).

Calwer Museums-Gesellschaft

Abstimmung

Mittwoch abends 8 Uhr.

Wolfshund

groß, hellbraun mit schwarz gezeichnet, hat sich verlaufen.

Bitte denselben gegen gute Belohnung abzugeben. Vor Ankauf wird gewarnt. Fr. Kirchherr, b. Kurpark Bad Liebenzell.

Schäferhund verlaufen.

Hündin, 1/2 jährig, schwarz mit gelb, Zughalsband. Nachricht gegen Belohnung an Ernst Bubser, Malmsheim, Telefon Nr. 5.

Rehpinscher

hat sich zwischen Oberhaugstett und Wart verlaufen.

Um Auskunft bittet Metzgermeister Böckle, Unterreichenbach.

Bügeltohlen

prima buchene, auch sackweise empfiehlt Sch. Effig, Glascherei und Installationsgeschäft

Gemeinde Hirsau.

Infolge Eingemeindung zu verkaufen:

Gebundene Regierungs-, Reichsgesetz-, Ministerial-Justizministerialamtsblätter, Calwer Tagblatt Jahrgänge 1911—1918.

Preisangebote erbeten.

Den 30. Oktober 1920.

Gemeinderat.

Gemeinde Hirsau.



Schafweide

zu verpachten.

Montag, 8. November d. Js., nachm. 4 Uhr auf d. Rathaus.

Gemeinderat.

Wegen Umzugs in kleinere Verhältnisse verkaufe ich:

verschiedene Delbilder

in schönen Rahmen, gemalt von Karl Wüst-Lüdingen, u. a. Besuv Kopie nach Robert Heck, Eichtenstein, Neussen. Besichtigung jederzeit möglich.

Dekan Wunderlich, Althengstett.

Billige Ferkel, Gelegenheitskauf!!

Trotzdem die Preise für Ferkel seit den letzten Tagen enorm in die Höhe gegangen sind, bin ich infolge direkten Einkaufs und wagenweisen Bezugs noch in der Lage zu konkurrenzlos billigen Preisen

Prima erstklassige ferkelfreie Nibenburg und Hoyer Ferkel, bekannt, die besten zur Mast, liefern zu können und offeriere hiermit freibleibend.

6—7 Wochen alte à Mark 220.—240.—
8—10 Wochen alte à Mark 270.—290.—
10—12 Wochen alte à Mark 295.—320.—

Ja, Püferschweine mit ca. 50 Pfd. zu billigsten Tagespreisen. Verj. unter Garantie für lebende Ankunft gegen Nachnahme. Amstlerärztliche Untersuchung vor Abendung. Streng reelle Bedienung. Ein Verlust führt zu regelmäßiger Nachbestellung.

J. Mohr jr. Ulm a. D.

Tüchtiges

Mädchen

für Küche und Hausarbeit, das schon in besserem Hause gedient hat, bei gutem Lohn nach answärts gesucht. Anmeldungen unter Befreiung von Zeugnissen erbeten an

Hrl. Spöhrer, Calw, Bahnhofstr.

Laufmädchen

für einige Stunden im Tage für sofort gesucht.

Frau Gottlieb Pfelzer, Mühlweg 240.

Neue Damen-Bezelmüge

zu verkaufen.

Marktplatz 54 I.

la Carbolinum

empfehlen Ernst Kirchherr.

Ortsauschuß Calw Allgem. D. G.-B

Schlusabgabe in Wäsche u. Schuhen

heute und morgen von nachm. 5 Uhr an. Nicht belieferte Bestellscheine beider Waren wollen baldigst zwecks Auszahlung vorgelegt werden. Auf verschied. Anfragen zur Mitteilung, daß Frauen- und Kinderwäsche nicht bestellt wird. Im Lokal werden am Dienstag Abend 7 Uhr an organ. Kollegen Rissen abgegeben.

Zavelstein.

Einer verehrt. Einwohnerschaft von Zavelstein und Umgebung zur gefl. Kenntnis, daß ich das

H. Wiedenmayer'sche Warengeschäft übernommen

habe. Es wird auch mein Bestreben sein, meine Kundschaft reell und gut zu bedienen und bitte um geneigten Zuspruch.

Hochachtung M. Altenburger, Wiedenmayer's Nachfolger.

Zavelstein, den 1. November 1920.

Jüngerer Fräulein

in Stenographie und Maschinenschreiben bewandert, sucht Stellung

auf ein Büro in Calw oder Umgegend.

Angebote zu richten an M. Siker, Calw, Lederstraße 168.

Empfehle mich im Stricken v. Westen, Strumpf- und Sockenlängen.

Albert Knoll, Maschinestrickerei Calw, Altbürgerstraße 285.

Kurzgefügtes, trockenes Brennholz

in Fuhren zu Mk. 70.— kann sofort geliefert werden. E. Rärcher, Sägewerk, Hirsau.

Gebrauchte Gipsdielen

7 und 10 cm stark zu verkaufen. Näheres durch Sak. Bolle, Ferienheim, Monbadthal, bei Station Monbad-Neuhäufen.

Schreibmaschinen-Mervielfältigungen jeder Art

fertigt schnell. Adresse durch die Geschäftsstelle zu erfragen.

Hühneraugen

beseitigt radikal „Lacret“ zu haben bei: Huthsteiner & Kistowsky, Ritter-Drogerie.

Hier!

in den Spalten der kleinen Anzeigen findet die praktische Hausfrau gute Gelegenheit überflüssig Hausgerät zu verkaufen!

Rochherd,

gut erhalten, 2 Kochlöcher, 1 Wasserschiff, empfiehlt billigst E. Straile, Althengstett

New-York Herald Zigaretten von 20 bis 50 Pfg. pre Stück.

New-York Herald Company m. b. H., Zigarettenfabrik, Stuttgart.



Damen- und Mädchen-Bekleidung.

Mäntel, Kostüme, Taillenkleider, Röcke, Blusen, Morgen-Röcke, Unterröcke.

C. Berner, Forzheim, u. Blumenstr.

Nr. ...
Neue D...
haben an...
Die Trup...
Berdiand...
* Das...
stands un...
Truppen...
gegen W...
Melbung...
Armees he...
beabsichtig...
wird aller...
ganz für...
dung find...
Znern, v...
beziehung...
wird ein...
schlagung...
werden m...
Mer...
Helsingfor...
Armees g...
nischen We...
nung wie...
Vor eng...
Ritter...
habad: P...
zurückgez...
haben mit...
Führung...
Vollstehn...
...
dem briti...
Moslauer...
haben wir...
boschewisti...
anzugreifen...
Kriegszust...
Eine ander...
kräfte von...
in der Ukr...
Operatione...
...
Berlin...
in den Ha...
„Ariadne“...
englischen...
verhaftet u...
geblich han...
...
...
Kreisen in...
Oktober ei...
sei. 10 000...
März d. J...
worden. —...
mung für...
...
...
London: ...
Dublin we...
zum Tode...
hängt. Ma...
Sache. Gef...
gebietet...
...
Dublin g...
Militär in...
den ermord...
personen de...
...
Angriffen a